

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXV/235

11. Dezember 1970

Unions-Politik mit doppeltem Boden

CDS/CSU hat keine Alternative zu Helmut
Schmidts Verteidigungspolitik

Von Werner Buchstaller SPD-MdB
Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises
Sicherheitsfragen

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Ernst Moritz Arndt und die deutsche Frage

Sachanmerkungen zu einer Demonstration des
Bundes der Vertriebenen

Seite 3 / 41 Zeilen

Iran: Das Land der Probleme

Ein Reisebericht ermöglicht neue Er-
kenntnisse

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 07 - 33
Telex: 636 646/666 647/
636 646 PPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unions-Politik mit doppeltem Boden

CDU/CSU hat keine Alternative zu Helmut Schmidts Verteidigungspolitik

Von Werner Buchstaller SPD-MdB

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Sicherheitsfragen

"Mit der Vorlage des Weißbuches ist die Einarbeitungs- und Schonfrist für Helmut Schmidt und die Verteidigungspolitik der Bundesregierung endgültig abgelaufen", tönte vor einigen Wochen der CDU-Abg. Dr. Klepach, Sprecher seiner Fraktion in Verteidigungsfragen. Zugleich blies der CSU-Abg. Dr. Zimmermann, wegen verschiedener Affären umstrittener Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages im Bereich von Rüstung und Beschaffung zum Generalangriff gegen die Politik von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt. Beide Unions-Politiker waren in ihrer Argumentation nicht wählerisch. Auf einen Schlag mehr oder weniger unterhalb der Gürtellinie kam es ihnen dabei nicht an.

In der Generaldebatte zum Verteidigungshaushalt 1971 und zur mittelfristigen Planung der Verteidigungsausgaben für die nächsten Jahre hat sich nun Helmut Schmidt im Verteidigungsausschuß über sieben Stunden seinen Kritikern gestellt. Aber der angekündigte Großangriff der Opposition ist ausgeblieben und wurde nach wenigen Runden zu einem in vielen Abschnitten der Debatte peinlichen Rückzugsgefecht.

Schon der Auftakt war überraschend. Mit vielen Zweifeln, Fragen und Wenn und Aber, jedoch ohne die geringste Spur einer Alternative zur Verteidigungspolitik der sozialliberalen Koalitionsregierung, leitete für die Opposition der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär unter Verteidigungsminister Dr. Schröder, Adorno, die Debatte ein. Krampfhaft nach einer Gegenposition suchend, spürte er wohl selbst, wie sehr seine Argumente auf Sand standen. Daß sie dann endgültig in sich zusammenfielen, dafür

sorgte Helmut Schmidt.

Er, der nie um eine Schonfrist gebeten hatte, wollte auch in dieser Debatte keine Schonung. Allerdings gestand er auch der Opposition keine Schonfrist zu. Dabei hätte sie gerade in dieser Debatte dringend eine solche benötigt. Helmut Schmidt und die Sprecher der Koalitionsfraktionen setzten sich Punkt für Punkt mit den Argumenten der Opposition auseinander. In keinem einzigen Punkt verdichteten sich die CDU/CSU-Vorstellungen zu einer erkennbaren Alternative, geschweige denn zu konkreten Anträgen. Vielmehr wurde immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, in den Fragen, die die Verteidigung und Sicherheit der Bundesrepublik betreffen, nach einem Weg möglichst enger Zusammenarbeit und weitgehendster Übereinstimmung zwischen Opposition und Regierung zu suchen.

Hier war der Punkt erreicht, bei dem Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt klarstellen mußte, daß es eine solche Zusammenarbeit auf der Basis einer Politik des offenen Bodens und der zwiespältigen Argumentation nicht geben könne. In der Tat muß sich die CDU/CSU klar darüber werden, welche Position sie in Verteidigungsfragen beziehen will: Entweder pure Negation und Opposition um der Opposition willen oder nüchterne Kritik und sachliches Ringen um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Stärkung der Verteidigungskraft der Bundeswehr und des westlichen Verteidigungsbündnisses.

Solange jedenfalls ein Dr. Zimmermann kundtut, man könne den Verdacht nicht abstreifen, der Minister handle nach der Maxime "nach mir die Sintflut" und zu der harten Abgrenzung gegenüber der Rüstungslobby, die Helmut Schmidt vorgenommen hat, feststellt, daß er sehr froh wäre, "wenn der Verteidigungsminister sich ebenso mannhaft gegen Einflüsse abschirmen würde, die aus der Parteibaracke oder von Linkskreisen seiner Partei auf ihn zukommen", und daß er im übrigen hoffe, "daß die etwas reizigen, die Rüstungsindustrie betreffenden Äußerungen des Ministers doch mehr einem innerparteilichen Waschawang entsprungen sind, als seiner wirklichen Überzeugung", oder solange Dr. Klepsch die ungeheuren Anstrengungen des Ministers und seiner Mitarbeiter zur zwingend notwendigen Behebung der Personalisere in der Bundeswehr mit der Bemerkung abqualifiziert, diese Maßnahmen ständen "unter dem Zeichen des 'erstmal-einen-Ausgebens nach der Devise, mach' Euch Freunde mit dem ungerechten Kammom', solange kann doch wohl nur ein Pharisäer von einer Bereitschaft der CDU/CSU zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sprechen. + + +

Ernst Moritz Arndt und die deutsche Frage

Sachanmerkungen zu einer Demonstration des Bundes der Vertriebenen

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen hat in diesen Tagen am Bonner Denkmal von Ernst Moritz Arndt einen Kranz niedergelegt. Wenn damit dokumentiert werden sollte, wie es in einer Presseerklärung gesagt wurde, daß man sich im Geiste Arndts "unabhängig von Handlungen der Regierung weiterhin ganz Deutschland und allen Deutschen verpflichtet" fühle, so spricht daraus eine etwas eigenwillige Interpretation. Denn als Arndt in den Jahren 1812 bis 1814 das deutsche Volk zum Kampf gegen Napoleon I. und Frankreich aufrief, tat er das als enger Mitarbeiter des Freiherrn von Stein und im Bündnis mit dem preußischen Staat. Als Ziel schwebte ihm ein Deutschland vor Augen, das einen Ausgleich zwischen den europäischen Völkern herbeiführen sollte. Stattdessen förderte er, wenn auch nicht bewußt, mit seinen stark gefühlträchtig geprägten, vielfach verschwommenen Ideen die Entstehung eines deutschen Nationalismus.

Solange dieser Kampf der Befreiung von der französischen Herrschaft und den Reformen im Innern - Aufhebung der Leibeigenschaft, Gemeindeselbstverwaltung - galt, blieb er in Übereinstimmung mit der Staatsgewalt. Erst als im Zeichen der Restauration die mündig gewordenen Bürger wieder ans Gängelband einer reaktionären Obrigkeit genommen und die Freiheitsbestrebungen unterdrückt wurden, kam es zum Konflikt. Arndt, der innenpolitisch unbehagen geworden war, wurde im Jahre 1820 wegen angeblich demagogischer Umtriebe von seinem Amt als Professor für Geschichte und Philosophie in Bonn suspendiert und mit einem Vorlesungsverbot belegt. Erst als mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. Ansätze für eine Lockerung sichtbar wurden und sich Staat und Bevölkerung von Frankreich bedroht glaubten, durfte Arndt seine Stimme wieder erheben.

Als Mitglied des Paulskirchenparlamentes in der Revolution von 1848 befürwortete er das Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund und setzte sich für eine kleindeutsche Lösung unter einem preußischen Erbkaiser ein. Trotz seiner nationalen Parolen, die dem Nationalismus Vorschub geleistet hatten, wollte Arndt jetzt Millionen Deutsche in Österreich von dem neuen "Nationalstaat" ausschließen.

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen hat sich mit seiner Kranzdemonstration so ein sehr ungeeignetes Symbol ausgesucht. Oder wollte man damit etwa zum Ausdruck bringen, daß man ähnlich wie Arndt nun endlich auch Realitäten anerkennt, die allein die Grundlage für eine friedliche, gesicherte Zukunft sein könnten?

+ + +

Iran: Das Land der Probleme

Ein Reisebericht ermöglicht neue Erkenntnisse

In vielen Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung kann der Iran heute schon nicht mehr als ein typisches Entwicklungsland bezeichnet werden. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis des großen wirtschaftlichen Aufschwungs, den das Land seit der von Schah in die Wege geleiteten sozialen und wirtschaftlichen Reformen von 1963 genommen hat. Es ist für den Besucher erstausnahulich, wie allerorten die Zeichen für ein schnelles Wachstum gesetzt werden. Manche Vorstellungen, die man zu Hause gepflegt und gehegt hat, bedürfen der Korrektur. Zu einer solchen Korrektur muß notwendigerweise auch die Anerkennung der ernsthaften Bemühungen gehören, auch die notwendigen sozialen Reformen zu verwirklichen.

Sicherlich ist der Iran kein Land mit einer westlich-demokratischen Struktur; andererseits jedoch sind die Ansätze einer politischen Beteiligung von Schichten und Gruppen der Bevölkerung unverkennbar. Ein Merkmal dafür ist die vor einigen Jahren ins Leben gerufene Iran-Nowin-Partei, deren Vorsitzender Ministerpräsident Mowjeda ist. Wenn heute an einigen Stellen der Versuch, Arbeiter und Bauern, aber auch die Frauen stärker für die Mitarbeit am Aufbau des Landes zu gewinnen gelungen ist, ist dies unbestreitbar ein Verdienst dieser Partei.

Das Interesse der führenden Mitglieder der Iran-Nowin-Partei, mit den großen politischen und sozialen Formationen in Europa in Kontakt zu treten, ist unverkennbar. Dies gilt besonders

für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Auch aus diesem Grunde war die Informationsreise von deutschen Sozialdemokraten in den Iran von besonderer Bedeutung. Es wurde möglich gemacht, die politisch wichtigen Gruppen des Iran mit den Überlegungen und den Vorstellungen der SPD vertraut zu machen. Dabei ging es nicht um den Versuch, den jeweiligen Gesprächspartner in seinem ideologischen Selbstverständnis zu überzeugen - dazu sind die historischen Strukturen zu unterschiedlich -, sondern Informationen und Meinungen zu konkreten Problemen auszutauschen.

Die Probleme des Landes sind vielfältig und groß. Und es bedarf sicherlich der Arbeit mehrerer Generationen, um die Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen zu erreichen. Wichtig aber ist zu wissen, daß der Wille dazu in einem ungleich höheren Maße vorhanden ist als manche Presseberichte vermuten lassen. Vergleicht man die unmittelbaren Nachbarländer mit diesem Staat, so muß selbst der kritisch eingestellte Beobachter zugeben, daß der Iran bei einem solchen Vergleich günstig abschneidet.

Die weitere politische Entwicklung im westlichen Teil Asiens weist dem Iran auf Grund seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten eine ziemlich große Bedeutung zu. Es kommt darauf an, ob es den Verantwortlichen in Teheran gelingt, die angestrebten sozialen und politischen Reformen so voranzutreiben, daß die inneren Strukturen mit der Vergrößerung des wirtschaftlichen Potentials Schritt halten. Diese Aufgabe lastet nicht zuletzt auf den Schultern der Mitglieder der Iran-Nowin-Partei. Es bleibt zu hoffen, daß ihre Bemühungen zum Erfolg beitragen.

Mans-Eberhard Dingels